afrika-bulletin

Nov./Dez. 2018 Fr. 5.-/Euro 5.-









Editorial



Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und der KEESA. Kontakt: ba.mueller@gmail.com

Komitees und der KEESA. Kontakt: ba.mueller@gmail.com

Impressum

Ausgabe 172 | November/Dezember 2018 ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 43. Jahrgang. Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 61-692 51 88 | Fax: (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland: in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7 in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9 (Bic SwiftCode: POFICHBEXXX: Swiss Post. PostFinance. CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Gregor Dobler, Andrea Fuchs, Elisa Fuchs, Aurora Garçia, Susy Greuter (Red.), Anna-Sophie Hobi, Stefan Leins, Barbara Müller (Red.), James Musonda, Rita Kesselring, Hans-Ulrich Stauffer (Red.).

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage Jahresabonnement: Fr. 30.-/Euro 30.-Unterstützungsabonnement: Fr. 50.-/Euro 40.-Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.-/Euro 50.- ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 173: 31. Dezember 2018 Schwerpunktthema: Länderheft Demokratische Republik Kongo Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Theater, Innerafrikanische Migration, Uranabbau. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Kupferplatten, ihr Transport und eine Tankstellenkette in Solwezi (Zambia), die teilweise einer Schweizer Firma gehört (Bilder: Rita Kesselring 2015, 2017).

Das vorliegende Bulletin diskutiert die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zum Süden; konkret untersuchen die Autorinnen und Autoren dieses Thema am Beispiel von Zambia und dessen Kupfer. Die Beiträge sind im Rahmen eines vom Swiss Network for International Studies (SNIS) finanzierten internationalen Forschungsprojekts entstanden, das von der Basler Ethnologin Rita Kesselring geleitet wird. Das Forschungsprojekt Valueworks: Effects of Financialisation along the Copper Value Chain geht dem Weg des Kupfers vom Minentor bis zum Endkunden nach und beschreibt die an diesem Prozess Beteiligten. Dabei hat sich gezeigt, dass das Ausmass der Beteiligung von Schweizer Firmen am sambischen Kupfersektor alle bisherigen Vorstellungen übertrifft. Dieser Befund macht die Unterregulierung des Rohstoffhandelszentrums Schweiz noch problematischer und zeigt, dass eine breite politische Diskussion darüber dringend nötig ist. Seit dem Rohstoffbericht des Bundesrates aus dem Jahr 2013 ist es auf Bundesebene ruhig geblieben.

Über 20 Forschende, Vertreter und Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus der Schweiz, Deutschland, England, China und Zambia haben an bisher drei Tagungen in der Schweiz und in Zambia Forschungsergebnisse zusammengetragen und nach Wegen gesucht, um die gewonnenen Erkenntnisse einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Schlussveranstaltung findet am 11. Dezember 2018 in Genf an der UNO statt. Am 8. Dezember 2018 organisiert die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika (KEESA), die Teil des Forschungprojektes ist, ihre jährliche Tagung - wiederum in Zusammenarbeit mit dem Afrika-Komitee und dem Zentrum für Afrikastudien Basel – unter dem Titel: «The Copper Value Chain: Life in Zambia, the Swiss Commodity Hub, and Responsible Business». Wie in früheren Jahren dient das vorliegende Heft der inhaltlichen Vorbereitung auf die Tagung.

Die Autoren Gregor Dobler und Rita Kesselring beschreiben in ihrem Beitrag die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette, auf denen Schweizer Firmen in Zambia tätig sind und Wert abschöpfen, der nicht in Zambia bleibt. Stefan Leins nimmt den Rohstoffhandelssektor in Genf und Zug unter die Lupe und schaut sich die Bedingungen an, welche die Schweiz für diese mächtigen globalen Players attraktiv machen. Mit den Arbeitern, die das Kupfer unter Tag abbauen, und ihrer Perspektive auf die Bergbauindustrie befasst sich der Beitrag von James Musonda. Mein Beitrag über den Kampf gegen die grassierende Korruption und den drohenden Demokratieverlust sowie die hohe Verschuldung Zambias geht auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage ein.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und erhellende Lektüre und lade Sie herzlich zu unserer Tagung ein.

Barbara Müller

Was Zambia und die Schweiz verbindet

Kupfer und Widerstand gegen den Extraktivismus

Das zweijährige, von SNIS (Swiss Network for International Studies) finanzierte Forschungsprojekt Valueworks untersucht die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Zambia im Bereich des Kupferabbaus und -handels. Ausgangspunkt war die massive Zunahme von Transithandelsgeschäften über die Schweiz, die auf die gesamte Wertschöpfungskette Auswirkungen haben, wie die Projektleiterin Rita Kesselring ausführt.

Eine gute Anzahl grosser und kleiner Firmen mit Sitz in der Schweiz «schöpfen Wert» aus dem Kupfer, oft ohne direkt in den investitionsintensiven Abbau der Metalle involviert zu sein. Wer sich das Ausmass der Beteiligung von Schweizer Firmen am sambischen Kupfersektor vor Augen hält, das in diesem Heft deutlich wird, könnte den Eindruck gewinnen, dass der Sektor aus der Schweiz «ferngesteuert» wird. Fragen danach, wer auf welche Weise steuert und Macht ausübt, spielten auch im Forschungsprojekt Valueworks eine grosse Rolle.

Dabei wurden aber auch Verbindungen anderer Art deutlich: auch in der Zivilgesellschaft sind die Schweiz und Zambia eng verbunden, so in der Frage, welchen Handlungsspielraum Konzerne haben sollen. Auch das Projekt Valueworks, an dem von Anfang an zivilgesellschaftliche Gruppen und NGOs in der Schweiz und in Zambia beteiligt waren, ist hierfür ein Beispiel.

Widerstand in der Schweiz

In der Schweiz wächst das Bewusstsein über das Ausmass des Rohstoffhandelsplatzes und dessen Unterregulierung. Der Bundesrat schätzt den Sektor inzwischen als ein mögliches Reputationsrisiko ein. Eine vom Bundesamt für Umwelt in Auftrag gegebene Pilotstudie zeigt, dass der mit Handel verknüpfte Umweltschaden im Ausland fast zwanzigmal so gross ist wie die Umweltbelastung des gesamten Schweizer Konsums (Jungbluth und Meili 2018). Viele der Firmen haben jedoch zu wenig Angestellte, um unter die inzwischen vom Nationalrat abgespeckte Version der Konzernverantwortungsinitiative zu fallen, über die der Ständerat voraussichtlich im Frühjahr 2019 befinden wird.

Kritik an der Unterregulierung des Handelsplatzes Schweiz äussert sich auf verschiedenen Ebenen. International sind die Publikationen von Public Eye am präsentesten; seit Jahren arbeitet jedoch eine Anzahl weiterer NGOs und Kampagnen am Thema. Es ist notorisch schwierig, an verlässliche Daten zu Praktiken in der Schweiz – oder Praktiken, die die Schweiz im Ausland ermöglicht – zu kommen. Die Branche hält sich sehr bedeckt

In der Schweiz unterbieten sich die Kantone mit tiefen Steuern und anderen Anreizen, um Firmen anzulocken. Die tiefen Kapital- und Kapitalgewinnsteuern sind auch ein mögliches Einfallstor für price shifting Praktiken, die das Abbauland, welches den Grossteil der negativen Auswirkungen trägt, um die rechtmässigen Gewinne bringen. Innerfirmenhandel ist gang und gäbe

und kann genutzt werden, um die Profite der Kapitalgeber im Norden zu erhöhen.

Ob es dabei auch zu illegalen Steueroptimierungen kommt, ist aufgrund der Datenlage schwer zu sagen. Im April 2011 reichten Public Eye mit Sherpa (Frankreich), dem Centre for Trade Policy and Development (Zambia) und zwei kanadischen NGOs bei der OECD eine Beschwerde gegen Glencore und den kanadischen Bergbaukonzern First Quantum Minerals ein, denen sie Steuerhinterziehung durch ihre sambische Tochterfirma Mopani Copper Mines vorwarfen. Das Mediationsverfahren endete ohne Ergebnis und alle entsprechenden Unterlagen bleiben vertraulich.

Widerstand in Zambia

In Zambia wird die extraktive Industrie seit der Industrialisierung kritisiert. Die erneute Privatisierung der Minen Ende der 1990er-Jahre schwächte die Gewerkschaften massgeblich. Seit der Liberalisierung und wegen gezielter Schwächung durch die Regierungspartei Patriotic Front ist die Zivilgesellschaft heute eher unorganisiert. Trotzdem werden jährlich nationale und regionale Zusammenkünfte gehalten, um die Erfahrungen aus den verschiedenen Minen und Minenstädten und Alternativen zum Bergbau zusammenzutragen. Es gibt auch immer wieder mutige Versuche den Extraktivismus herauszufordern.

Als Beatrice Mithi, damals Bezirkskommissarin von Mufulira, 2013 an den Folgen des Ausstosses von Schwefeldioxiden starb, wandte sich ihr Witwer an das Gericht. Mopani Copper Mines, eine Glencore-Mine, wurde zu einer Wiedergutmachung von rund 40000 USD verurteilt. Der Konzern legte Berufung ein.

In der Sammelklage Lungowe and Others versus Vedanta Resources and Konkola Copper Mines, die 2015 extraterritorial in England eingereicht wurde, werfen 1826 Sambier mit Hilfe der Kanzlei Leigh Day der indischen Firma vor, giftige Flüssigkeiten in das Grundwasser und die Flüsse ausgestossen zu haben, mit direkten Folgen für Einkommen und Gesundheit. Die Klagen sind noch hängig. Es scheint als wäre transnational organisierter Widerstand am erfolgversprechendsten.

Die meisten Versuche, die Firmen für ihre Verletzungen der Menschenrechte und Missachtung der Umweltstandards zur Rechenschaft zu ziehen, haben gemeinsam, dass sie sich fast ausschliesslich auf den Abbau richten. In diesem Heft zeigen wir auf, wie weit der Extraktivismus über Abbau und Handel hinausreicht. Ohne sich die Hände schmutzig zu machen, schöpfen Schweizer Firmen via Dienstleistungen wie Transport, Logistik und Zertifizierung Margen entlang der Wertschöpfungsketten ab. Dieses Heft soll einen Beitrag zur Diskussion über Regulierung, Umverteilung und Solidarität leisten.



Rita Kesselring ist bis Mitte 2019 Fung Global Fellow an der Universität Princeton. Sie lehrt am Ethnologischen Seminar der Universität Basel und leitet das Forschungsprojekt Valueworks. Kontakt: rita.kesselring@unibas.ch.

Die im Text erwähnte Studie ist online frei zugänglich: Niels Jungbluth und Christoph Meili: Pilot-Study for the Analysis of the Environmental Impacts of Commodities Traded in Switzerland. Schaffhausen 2018 (ESU-services Ltd.). www.esu-services.ch/ fileadmin/download/jungbluth-2018-LCA-CommoditiesTrade.pdf

Extraktivismus à la Suisse

Die Rolle von Schweizer Firmen in der Wertschöpfungskette

In der Schweizer Öffentlichkeit wächst das Bewusstsein dafür, dass Handelsfirmen, die hierzulande ihren Sitz haben, eine wichtige und teilweise problematische Rolle in anderen Ländern der Erde spielen. Gregor Dobler und Rita Kesselring verfolgen den Weg des in Zambia geförderten Kupfers von den Minen bis zu den Häfen im südlichen Afrika und zeigen die weitreichende Rolle auf, die Schweizer Firmen dabei einnehmen.

Vor allem Glencore ist zur Verkörperung der Schattenseiten des Schweizer Erfolgsmodells geworden; der Firma werden in zahlreichen Ländern Korruption, Menschenrechtsverletzungen und illegale Steuervermeidung vorgeworfen. Beharrliche und mühevolle Bemühungen einer kleinen Anzahl von NGOs konzentrieren sich meist auf spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Fälle wirtschaftlichen Fehlverhaltens. Die Konzernverantwortungsinitiative, die durch solche Beispiele an öffentlicher Unterstützung gewinnt, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie beschränkt sich darauf, Exzesse wirtschaftlichen Handelns anzuprangern und justiziabel zu machen.

In diesen wichtigen Diskussionen geht manchmal der Blick für den Normalfall verloren. Wer die Rolle von Schweizer Unternehmen in der Welt verstehen will, darf sich nicht auf Verstösse gegen die Regeln alleine konzentrieren, sondern muss fragen, wie die Regeln selbst aussehen und wen sie begünstigen. Wie stark sind Schweizer Firmen eigentlich in der alltäglichen Realität der globalen Wirtschaft in den Handel mit Rohstoffen eingebunden, und welche Konsequenzen hat ihre Rolle für die Herkunftsländer der Rohstoffe? Diesen Fragen gehen wir hier in einem kleinen Ausschnitt der Weltwirtschaft nach. Wir verfolgen den Weg, den in Zambia gefördertes Kupfer bis zu den Häfen des südlichen Afrikas nimmt, und stellen die Rolle von Schweizer Firmen bei Abbau, Handel, Transport und Zertifizierung dar.

Abbau

Die wichtigsten Kupferminen in Zambia sind in der Hand von vier internationalen Konzernen, darunter Glencore, die grösste Rohstoffhandelsfirma der Welt und das umsatzstärkste Schweizer Unternehmen. Glencore begann als reine Handelsfirma, hat aber seit Beginn der 2000er-Jahre verstärkt in die gesamte Rohstoffkette investiert, um sinkende Margen im Handelsbereich zu kompensieren. Bei der Privatisierung der sambischen Minen hat Glencore zu vorteilhaften Bedingungen die Mehrheit an den Mopani Copper Mines übernommen kurz bevor sich der Weltmarktpreis für Kupfer durch die neue globale Rolle Chinas versechsfachte. Die Rolle Glencores in Zambia ist vor allem durch die gravierenden Umweltprobleme bekannt geworden, die die Minen und die Schmelze der Firma über die Jahre verursacht haben. Sie sind nicht zuletzt durch Schweizer NGOs und Medien aufgearbeitet und an die Öffentlichkeit gebracht worden. Wie die anderen Minenfirmen versucht auch Glencore recht erfolgreich, die Steuerlast in Zambia niedrig zu halten. Die sambische Regierung hat in den letzten Jahren häufig versucht, die Steuern und Abgaben der Minenkonzerne zu erhöhen, um einen grösseren Teil des produzierten Werts im Land zu halten, ist dabei aber jedes Mal am Widerstand der Firmen gescheitert, die mit der Stilllegung von Minen drohten.

Handel

Die Schweiz ist heute die wichtigste Drehscheibe des internationalen Rohstoffhandels. Mit wenigen Ausnahmen (vor allem Gold) wird der Handel dabei als Transithandel abgewickelt, in dem die Händler aus der Schweiz Waren kaufen und verkaufen, die physisch nie in die Schweiz gelangen. Auch ein grosser Teil des sambischen Kupfers wird von Schweizer Firmen gekauft und an die weiterverarbeitende Industrie verkauft.

Auch hier ist Glencore natürlich ein wichtiger Akteur. Die Minendivision der Firma verkauft Kupfer an die Handelsdivision der Firma. Immer wieder sind dabei gegenüber Glencore Vorwürfe geäussert worden, durch Transferpreise Profite in Niedrigsteuerländer wie die Schweiz zu verschieben, aber bisher konnte dieser Verdacht in Zambia nie offiziell bestätigt werden.

Während Glencore eine Handelsfirma ist, die zur Minenbesitzerin wurde, liegt der Fall beim grössten sambischen Minenbetreiber umgekehrt: First Quantum Minerals (FQM) ist eine kanadisch-australische Minenfirma, die zwei der grössten Minen im Land betreibt. FQM redet ungerne darüber, aber auch für die Vermarktung ihres Kupfers bildet die Schweiz die Drehscheibe. Metal Corp Trading AG, eine Firma, die in Zug einen Briefkasten und einen Handelsregistereintrag besitzt, aber ihre Geschäfte grösstenteils von London aus betreibt, ist einer der beiden einzigen Abnehmer des von FQM in Zambia geförderten Kupfers.

Der zweite Abnehmer, Trafigura, der uns gleich noch ausführlicher beschäftigen wird, besitzt keine Minen in Zambia, spielt aber eine wichtige Rolle in der Kupferlogistik und im Transport.

Neben diesen drei Firmen, die grosse Mengen Kupfers über stabile Lieferverträge an- und verkaufen und deshalb auch vor Ort aufzuspüren sind, handeln natürlich viele weitere Schweizer Rohstoffhändler mit in Zambia gefördertem Kupfer. Oft geht eine Charge Kupfer durch viele Hände und spielt in vielen Finanzprodukten eine Rolle, bevor sie schliesslich an einen Verbraucher verkauft und zu Platinen oder Spulen verarbeitet wird. Daran partizipieren grosse Rohstoffhandelshäuser ebenso wie spezialisierte kleinere Händler und die Handelsabteilungen von Banken, Versicherungen, Fonds und institutionellen Investoren.

Transport

Egal, wohin es am Ende gelangt und wie lange es dauert, bis es weiterverarbeitet wird: so gut wie alles in Zambia produzierte Kupfer verlässt das Land rasch. Es wird auf Lastwägen oder seltener per Bahn zu den Häfen der Nachbarländer transportiert, vor allem nach Durban, Walvis Bay, Beira und Dar-es-Salaam. Da der oft dreiwöchige Transport über Land einen grossen Teil der gesamten Transportkosten ausmacht und gleichzeitig zu den wenigen Abschnitten der Rohstoffkette gehört, in denen Kosten noch deutlich gesenkt werden

von Kupfer

können, haben Handels- und Logistikfirmen hier in den letzten Jahren sehr viel investiert. Gleichzeitig haben sie zusammen mit anderen internationalen und nationalen Akteuren Lobbyarbeit für schuldenfinanzierte staatliche Infrastrukturinvestitionen betrieben, die die Minengebiete besser mit den internationalen Märkten verbinden sollen.

Schweizer Firmen gehören zu den internationalen Investoren, die heute den Transport des Kupfers im südlichen Afrika bestimmen. An erster Stelle ist hier Trafigura zu nennen, eine Firma, die 1993 in Genf als Ableger von Marc Rich Trading gegründet wurde, aus der auch Glencore entstanden ist. Die Struktur Trafiguras ist zu kompliziert, um ihre Schweizer Komponenten hier genau aufzuschlüsseln. Die Firmenzentrale liegt weiterhin in Genf, aber durch die steueroptimierte Verteilung verschiedener Unterfirmen auf unterschiedliche Sitze liegt Trafiguras effektive Steuerquote heute konzernweit bei lediglich 8,4 Prozent (Trafigura Jahresbericht für 2017, Seite 15).

Der Logistikarm Trafiguras, Impala Terminals, spielt beim Transport von sambischem Kupfer eine wichtige Rolle. Impala setzt auf den Hafen in Dar-es-Salaam, wo es das grösste von einem Einzelkunden genutzte Terminal besitzt. Als Zwischenstationen zwischen den Minen Kongos und Zambias hat die Firma Lagerhäuser in Kolwezi, Lubumbashi, Ndola und Dar-es-Salaam aufgebaut, die durch ein dichtes Netz sicherer Lastwagenstationen verbunden werden. Das Lagerhaus in Ndola wird auch von anderen Handelsfirmen als Umladestation und Zollfreilager benutzt.

Während Schweizer Firmen in Zambia (anders als im benachbarten Kongo) bisher nicht direkt in Speditionen und Transportflotten investiert haben, verdient eine weitere Unterfirma von Trafigura an so gut wie jedem Transport mit. Puma Energy ist ein Joint Venture zwischen Trafigura (49 Prozent), der staatlichen angolanischen Ölfirma Sonangol (28 Prozent) und Cochan Holdings, einer Firma des umstrittenen angolanischen Generals und Milliardars Leopoldino Fragoso de Nascimento (15 Prozent). Wie in einigen Nachbarländern hat Puma 2011 auch in Zambia eine Mehrheitsbeteiligung (75 Prozent) an den früheren BP-Tankstellen übernommen; auch betreibt die Firma ein grosses Öl- und Treibstofflager in Walvis Bay. Zurzeit ist ein weiteres Joint Venture zwischen Trafigura und Cochan namens DTS Holding dabei, die alte Eisenbahnroute von Kolwezi nach Lobito in Angola wieder neu zu erschliessen.

Die Schweizer Beteiligung am Transport hört nicht am Hafen auf: auch die zweitgrösste Frachtschiffgesellschaft der Welt, Mediterranean Shipping Company (MSC), ist in Genf beheimatet und spielt in den Häfen des südlichen Afrikas eine gewichtige Rolle.

Prüfung und Zertifizierung

Im internationalen Geschäft mit Kupfer müssen viele Beteiligte Entscheidungen über Waren treffen, die sie selbst nicht kontrollieren können. Kupfer bestimmter Spezifikationen wird aus der Ferne verkauft, gekauft, finanziert, versichert oder verzollt, ohne dass die Vertragsparteien Menge und Qualität selber kontrollieren könnten. Wie in vielen anderen Bereichen des internationalen Handels kommen hier immer öfter unabhängige



Handel verdienen Schweizer Firmen auch kräftig beim Transport des Kupfers (Bild: Rita Kesselring 2015).

Warenprüfkonzerne ins Spiel. Sie übernehmen im Auftrag der Vertragsparteien Test, Inspektion und Zertifizierung der gehandelten Waren.

Einer der grössten dieser Konzerne hat seinen Sitz in Genf: SGS (vormals Société Générale de Surveillance). Die Firma ist in unterschiedlichen Geschäftsbereichen in vielen afrikanischen Ländern sehr aktiv. Eine sambische Tochter betreibt ein wichtiges Prüflabor für die Minenindustrie in Kalulushi, und an allen wichtigen Umschlagplätzen bieten Tochterfirmen der SGS Prüfdienste für Kupfertransporte an, die bei der Versiegelung der Container sicherstellen sollen, dass sich alle Beteiligten auf deren Inhalt verlassen können.

Die Rolle der Schweiz im Extraktivismus

Die Beispiele, die wir hier beschrieben haben, decken längst nicht alle Bereiche ab, in denen Schweizer Firmen für den Kupferabbau und -transport im südlichen Afrika wichtig sind. Wir haben weder die Rolle der Banken und Versicherungen in den Blick genommen noch gefragt, wie in der Schweiz beheimatete Investmentfonds ihr Geld anlegen; den Maschinenbau haben wir ebenso bei Seite gelassen wie die für den Bergbau verwendeten Chemikalien. Schon unsere wenigen Beispiele machen aber deutlich, dass der Rohstoffhandel an sich zwar eine gewaltige Rolle spielt, aber nur die Spitze des Eisbergs ist. An sehr vielen Stellen der Wertschöpfungskette verdienen Schweizer Firmen mit. Das ist gut für die Schweiz, aber es verringert Zambias Anteil an den Profiten aus dem Kupferanteil weiter. Typischerweise investieren Schweizer Firmen dabei in Bereiche, die relativ wenig Kapital dauerhaft binden und nicht an eine einzige Ware und ihre Marktschwankungen gebunden sind, in denen ihnen aber Reputation, Ausbildungsstand, gute Kontakte zu Banken und Versicherungen und weltweite Netzwerke entscheidende Vorteile verschaffen.

Wer sich für die Rolle der Schweiz in der Weltwirtschaft interessiert, sollte deshalb nicht nur die Exzesse in den Blick nehmen – nicht nur die Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen oder Korruptionsfälle. Auch alltägliches profitorientiertes Geschäft zementiert und vergrössert bestehende Ungleichheiten. Die Infrastruktur für diese Geschäfte wird im südlichen Afrika zu einem grossen Teil von den Steuerzahlern finanziert, während die Profite häufig an Kapitaleigentümer im Norden gehen. Den Steuern, die dieses Ungleichgewicht abfedern und für partielle Umverteilung sorgen könnten, können sich global tätige Konzerne oft genug entziehen, sei es in der Schweiz oder in Zambia. Wer sich über Konzernverantwortung Gedanken macht, muss auch diese Zusammenhänge mitdenken.

Gregor Dobler ist Professor für Ethnologie an der Universität Freiburg (D) und bis Mitte 2019 Gast am Institute for Advanced Study in Princeton. Kontakt: gregor.dobler@ethno.unifreiburg.de. Rita Kesselring ist bis Mitte 2019 Fung Global Fellow an der Universität Princeton. Sie lehrt am Ethnologischen Seminar der Universität Basel und leitet das Forschungsprojekt Valueworks. Kontakt:

rita.kesselring@unibas.ch.

Genf, Zug, Lugano

Die Welt der Schweizer Rohstoffhändler – und ihre globale Be

Der Stellenwert der Schweiz im globalen Rohstoffhandel ist vielen Leuten unbekannt, selbst im Inland. Und bis auf Glencore kennen nur wenige die international aktiven und umsatzstarken Rohstofffirmen, die von der Schweiz aus gutes Geld verdienen. Mit seinem Beitrag will Stefan Leins hier etwas Klarheit schaffen.

Die Schweiz ist heute der grösste Rohstoffhandelsplatz der Welt. Rund ein Drittel aller weltweit gehandelten Rohstoffe wird über die Schweiz gehandelt. Bei einigen Rohstoffen ist es sogar mehr als die Hälfte des Welthandels (z.B. bei Metallen, Kaffee oder Zucker). Rund 500 hier ansässige Unternehmen sind im Rohstoffhandel tätig und machen rund vier Prozent des Bruttoinlandprodukts aus. Im Kanton Genf, dem grössten Rohstoffhandelsstandort der Schweiz, sind es sogar zwanzig Prozent.

Geschichte der Schweiz als Rohstoffdrehscheibe

Obwohl der Rohstoffhandel in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewachsen ist, blickt die Schweiz in diesem Bereich auf eine weit längere Tradition zurück. Bereits seit dem 15. Jahrhundert waren einige Schweizer Familien im Handel mit «Kolonialwaren» wie Salz, Baumwolle, Kaffee, Getreide, Palmöl, Gummi und Kakao tätig. Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die Schweiz dann zudem zum Gastland zweier Unternehmen, die für die jüngere Entwicklung des transnationalen Rohstoffhandels sehr wichtig sind. 1956 eröffnete Cargill, heute das drittgrösste in der Schweiz tätige Unternehmen, seine Handelsniederlassung in Genf. Und 1957 folgte die Firma Philipp Brothers mit ihrer Europazentrale in Zug. Es war diese Firma, die den späteren «King of Oil» Marc Rich ausbildete. Zusammen mit Nestlé, die seit dem 19. Jahrhundert in der Genfersee-Region tätig ist, legten diese Unternehmen den Grundstein dafür, dass die Schweiz zum globalen Zentrum des Rohstoffhandels wurde. 1974 wurde Marc Rich selbstständiger Händler und gründete die Marc Rich+Co. AG in Zug. Diese Firma wurde 1994 in Glencore umbenannt. Etwa zur gleichen Zeit wurde Trafigura, ein weiterer globaler Player im Rohstoffhandel, in Luzern gegründet (heute ist Trafigura hauptsächlich von Genf aus tätig). Zeitgleich haben viele ausländische Unternehmen, die im Rohstoffhandel tätig sind, ihren Sitz oder ihre Handelsniederlassung in die Schweiz verlegt. Dies führte insbesondere nach dem Jahr 2000 zu einem dramatischen Anstieg der Handelsaktivitäten.

Warum die Schweiz?

In seiner Biographie von Marc Rich erklärt Daniel Amman, dass Philipp Brothers, ein US-Unternehmen, wegen der politischen Neutralität, dem Bankgeheimnis und den niedrigen Steuern ihren europäischen Hauptsitz in Zug errichtete. Darüber hinaus sagen viele Praktikerinnen und Praktiker, dass auch die geografisch günstige Lage, das kosmopolitische Umfeld (mit vielen hier ansässigen internationalen Organisationen), die starke Präsenz von

Banken mit Expertise in der Handelsfinanzierung und die wirtschaftsfreundliche politische Landschaft Pull-Faktoren für Rohstoffhändler seien. Auch persönliche Netzwerke sind von grosser Bedeutung. Die meisten Geschäftsbeziehungen basieren auf langfristigen informellen Netzwerken. In Genf schliessen diese Netzwerke oft auch Personen aus internationalen Organisationen und diplomatisches Personal ein.

Auffällig viele der genannten Punkte stehen in direktem Zusammenhang mit dem politischen und regulatorischen Umfeld der Schweiz. Politische Neutralität zum Beispiel ist nicht nur eine ideologische Haltung. Für Rohstoffhändler ist es auch eine Gelegenheit, mit Ländern unter Embargo zu handeln. Marc Rich machte dies zu einem seiner «Wettbewerbsvorteile». Er nutzte die Schweiz als Plattform für den Handel mit dem Iran und dem südafrikanischen Apartheidregime, als diese mit Sanktionen der internationalen Gemeinschaft konfrontiert waren. Und auch heute handeln Schweizer Unternehmen mit Partnern, die von anderen Ländern als problematisch angesehen werden. Sie können dies zum einen wegen der schweizerischen Neutralitätspolitik und zum anderen wegen des Schweizer Bankgeheimnisses tun, welches sie vor Gerichtsbarkeiten schützt, die auf Zugang zu ihren Finanzdaten zielen. Allerdings ist diese Art der Geschäftstätigkeit in letzter Zeit aufgrund von externem Druck risikoreicher geworden. BNP Paribas, die bei der Finanzierung von Schweizer Rohstoffhändlern führend war, musste sich zum Beispiel aus dem Geschäft zurückziehen, nachdem sie in den USA wegen der Finanzierung des Handels mit dem Iran, Kuba und dem Sudan für schuldig befunden worden war.

Dennoch ist es nach wie vor so, dass in der Schweiz ansässige Rohstoffhandelsfirmen von einer laxen Regulierung seitens des Staates profitieren. Dies obwohl Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) seit Jahren darauf hinweisen, dass das Fehlen einer branchenspezifischen Aufsicht ein enormes Risiko für die Schweiz darstelle. Dieses besteht einerseits darin, dass der Transithandel mit Rohstoffen äusserst kapitalintensiv ist und mögliche Fehlinvestitionen die gesamte Schweizer Wirtschaft belasten könnten. Dazu kommen Reputationsrisiken, die mit dem transnationalen Rohstoffhandel einhergehen. Rohstoffe werden zu einem grossen Teil in den Ländern des globalen Südens abgebaut. Rohstoffhandelsfirmen agieren deshalb oft in schwach regulierten Kontexten. Dies führte in der Vergangenheit immer wieder zu Skandalen und zum Vorwurf, dass Schweizer Rohstoffhandelsfirmen von schlechten Arbeitsbedingungen und Umweltstandards im globalen Süden mitprofitieren – oder diese gar fördern. Um solchen Problemen in Zukunft vorzubeugen, wären verpflichtende Regeln bezüglich der Einhaltung arbeitsrechtlicher und umweltbezogener Standards wichtig. Hierbei wäre zusätzlich zu bedenken, dass die Rohstoffhändler oft nicht direkt am Abbau der von ihnen gehandelten Güter beteiligt sind, sondern diese den Bergbauunternehmen erst nach erfolgter Extraktion abkaufen. Die Herausforderung einer branchenspezifischen Regulierung würde demnach vor allem darin liegen, zu klären, inwiefern Rohstoffhandelsfirmen für die umweltbezogenen und arbeitsrechtlichen Probleme entlang der gesamten Zulieferkette verantwortlich gemacht werden können.

deutung

Ein vielseitiges und komplexes Geschäftsfeld

Der Schweizer Rohstoffhandel umfasst weitaus mehr Aktivitäten als nur das direkte Kaufen und Verkaufen von Rohstoffen. Das Geschäftsfeld umfasst auch die Schiffsmakler, Zertifizierungsgesellschaften, Handelsfinanzinstitute, Rechtsberater und viele weitere Akteure. Die Komplexität dieses Berufsfeldes lässt sich an der Vielfalt der Akteure in der Region um Genf und Lausanne erkennen. Hier findet man zum Beispiel Exponenten der Schifffahrtsbranche, die in der Schweiz aus rund 100 Unternehmen besteht. Gemeinsam organisieren und koordinieren sie 22 Prozent aller Schiffsbewegungen weltweit. Auch bei der Zertifizierung von Waren ist Genf ein weltweit führender Standort. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Ansässigkeit von SGS (vormals Société Générale de Surveillance) in Genf. SGS ist der grösste Anbieter von Warenproben, Tests und Zertifizierungen und wird von fast allen Genfer Handelsunternehmen als Partnerinstitution genutzt.

Die zehn umsatzstärksten Schweizer Unternehmen 2016

1			
	Umsatz (in Milliarden CHF)	Hauptsitz	Branche
Glencore	156	Baar	Rohstoffhandel
Vitol	155	Genf	Rohstoffhandel
Cargill	109	Genf	Rohstoffhandel
Trafigura	100	Genf	Rohstoffhandel
Mercuria	90	Genf	Rohstoffhandel
Nestlé	89	Vevey	Nahrungsmittel
Louis Dreyfus	51	Genf	Rohstoffhandel
Roche	51	Basel	Pharma
Novartis	49	Basel	Pharma
Gunvor	47	Genf	Rohstoffhandel

Quelle: Handelszeitung 2017

Konzentriert sind die Rohstoffhandelsfirmen in drei Regionen: Genf (Öl und landwirtschaftliche Produkte), Zug (v.a. Metalle) und Lugano (speziell Gold). Jede Region hat ihren eigenen regionalen Verband: Der Genfer Handels- und Schifffahrtsverband (GTSA, jetzt fusioniert mit STSA) ist die grösste Organisation und vertritt rund 100 Mitgliedsinstitute. Die Lugano Commodity Trading Association (LCTA) hat rund 50 Mitglieder, die Zuger Commodity Association (ZCA) rund 40 Mitglieder. Der Schweizerische Handels- und Schifffahrtsverband (STSA) mit Sitz in Genf fungiert als Dachverband der regionalen Verbände. Die STSA ist sowohl im Lobbying als auch in der Organisation von Schulungen tätig. Die STSA hat starke Verbindungen zur Universität Genf, wo sie einen Masterstudiengang und ein Diplom für fortgeschrittene Studien im Rohstoffhandel mitorganisiert und mitfinanziert. Im Jahr 2015 gründete die STSA zusammen mit einer Reihe von staatlichen und unternehmerischen Institutionen das Schweizerische Forschungsinstitut für Rohstoffe (SRIC). Dieses soll in Zukunft eine Plattform für die Forschung schaffen und als Diskussionsforum für Akteure des öffentlichen Bereichs und der Wirtschaft dienen.

Von Soja bis Kupfer: Kategorien der gehandelten Waren

Im physischen Handel werden Rohstoffe in der Regel wie folgt kategorisiert:

- Landwirtschaftliche Produkte (auch «soft commodities» genannt): Getreide, Rinder, Zucker, Sojabohnen, Kakao, Kaffee usw.
- Energie: Erdöl, Erdgas, Kernenergie, Wasserkraft usw.
- Metalle: Eisenerz, Kupfer, Aluminium, Nickel, Blei usw.

Einige Handelsfirmen sind auf einzelne Rohstoffe spezialisiert, während andere verschiedene Rohstoffe aus einer oder sogar mehreren der oben genannten Kategorien handeln. Um mit einer bestimmten Ware handeln zu können, muss ein Handelshaus über ein beträchtliches Fachwissen über diese Ware verfügen. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil Rohstoffhändler auch den physischen Transport der Ladung organisieren.

Rohstoffe können entweder «am Markt» oder «over the counter» gehandelt werden. Der Handel am Markt bedeutet, dass sie als öffentliche Kontrakte und zu einem von einer bestimmten Börse wie der London Metals Exchange (LME), dem Chicago Board of Trade (CBOT) oder der Shanghai Futures Exchange (SHFE) festgelegten Preis gehandelt werden. Der Handel «over the counter» (OTC) bedeutet, dass Rohstoffhändler ein bilaterales und privates Abkommen eingehen. Dabei orientieren sie sich oft an einem Marktpreis. Sie können jedoch auch vom Marktpreis abweichende Preise vereinbaren.

Die in der Schweiz gehandelten physischen Güter erreichen selten die Schweiz als eigentliches Ziel. Die Schweizer Händler fungieren in der Regel als Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten. Die Ware wird dann direkt an die jeweilige Gegenpartei geliefert. Dieser gesamte logistische Prozess wird von der selben Schweizer Handelsfirma organisiert, die den Handel überhaupt erst initiiert hat. Schweizer Rohstoffhändler sind somit grosse Logistikunternehmen mit Verbindungen zu Produzenten, Häfen, Verladern, Zollbeamten, lokalen Brokern und Konsumenten. Der Aufbau und Erhalt sozialer und wirtschaftlicher Bindungen und Netzwerke ist dabei eine Kernkompetenz.

Stefan Leins ist Ethnologe und arbeitet als Oberassistent am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft (ISEK) der Universität Zürich. Er forscht aktuell zu Rohstoffhandel und Wertschöpfungsketten und koordiniert zusammen mit Rita Kesselring das vom Swiss Network for International Studies (SNIS) geförderte Projekt Value works: Effects of Financialization along the Copper Value Chain. Kontakt: stefan.leins@uzh.ch.

Weiterführende Literatur:

- Erklärung von Bern: Rohstoffe. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich 2011 (Salis).
- Nina Eggert und Giovanni Ferro-Luzzi: Commodity Trading Monitoring Report, 12. März 2017. Online:
- https://archive-ouverte.unige.ch/unige:94096/ATTACHMENT01
- Lea Haller: Globale Geschäfte. In NZZ Geschichte 4 (2016), Seiten 80-95.
- SECO: Grundlagenbericht Rohstoffe: Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat, 27. März 2013. Online: www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf
- Akademien der Wissenschaften Schweiz: Die Schweiz und der Rohstoffhandel. Was wissen wir? Bilanz und Ausblick. Swiss Academies Factsheet, Band 11, No. 1, 2016. Online: https://tinyurl.com/factsheet-rohstoffhandel

Arbeiten in Zambias Minen nach der Privatisi

Veränderte Bedeutungen für die Bergarbeiter

Die Privatisierung hat den Bergbausektor in Zambia entscheidend verändert. Für die überseeischen Unternehmen, die den Sektor übernommen haben, steht Gewinnmaximierung im Zentrum. Dieser einseitige Fokus hat Auswirkungen auf Vieles, besonders aber auf die Anstellungsbedingungen der Arbeiter. Der Ethnologe James Musonda hat untersucht, was dies für die Bergarbeiter bedeutet.

Die 2000 abgeschlossene Privatisierung der nationalen Bergbaugesellschaft von Zambia (ZCCM) verfolgte zwei finanzielle Ziele. Das erste war die Eindämmung der operationellen Verluste, die vom öffentlichen Haushalt getragen wurden und die bereits tiefen staatlichen Ausgaben absorbierten. Das zweite war, den 30-jährigen Trend unzureichender Investitionen in die Erforschung und Produktion umzukehren, der weitgehend für die Verluste verantwortlich zeichnete. Es trifft sicher zu, dass dem Sektor seit der Privatisierung in einem Ausmass Kapital zufloss, das die diesbezüglichen Erwartungen übertraf. Seit dem Jahr 2000 wurden insgesamt 13,1 Milliarden USD in den Sektor investiert. Diese Investitionen haben die Inbetriebnahme von zuvor geschlossenen Minen, die Exploration und Erschliessung völlig neuer Lagerstätten in der Nordwestprovinz, Investitionen in Minen, Maschinen, Ausrüstung und Technologie ermöglicht.

Rasanter Ausbau

Dementsprechend erhöhte sich die Produktion von 250000 Tonnen Kupfer und Kobalt 1990 im Jahr 2015 auf 710 800 Tonnen. Weitere Mineralien sind Kohle mit 103439 Tonnen, Smaragde mit 36019 und Gold mit 4241 Kilogramm. In Folge dieser erhöhten Produktion rangiert Zambia heute an zweiter Stelle in Afrika (nach der DR Kongo) und war 2014 der achtgrösste Kupferproduzent weltweit. Ausserdem bestehen gute Aussichten für die Exploration von Kupfer und Kobalt in neuen Gebieten. Neuere Untersuchungen haben ein grosses Potential bei weiteren Mineralien wie Mangan, Uran, Kohle und Gold aufgezeigt. Vor der Privatisierung betrugen die Verluste von ZCCM vor der Steuer ungefähr 650 Millionen USD über zwei Jahre - also fast eine Million täglich, was 20 Prozent des gesamten Umsatzes entsprach.

Unmittelbar nach der Privatisierung wurde dies jedoch anders. Die neuen Minen machten bedeutende Profite. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: der Nettogewinn von First Quantum explodierte von 4,6 Millionen im Jahr 2003 auf 152,8 Millionen USD im Jahr 2005; das Unternehmen schüttete seinen Aktionären rund zehn Prozent Gewinn nach Abzug der Steuer aus. Seit dem Jahr 2000 haben die Aktien von First Quantum einen Ertrag von mehr als 1000 Prozent erzielt oder eine durchschnittliche Jahresrate von 200 Prozent, wie Frazer und Lungu (2017) feststellen. Ähnlich sieht es bei den Konkola Copper Mines (KCM) aus, deren operationeller Gewinn von 52,7 Millionen USD im Jahr 2005 auf 206,3 Millionen USD im Jahr 2006 stieg. Zwischen 2002

und dem Höhepunkt im April 2008 versechsfachten sich die Kupferpreise von rund 1500 USD pro Tonne auf über 9000 USD pro Tonne (basierend auf den Preisen von 2010). Ein bedeutender Teil dieses Gewinns wurde jedoch den ausländischen Investoren gutgeschrieben und als Dividenden oder Fremdkapitalrückfluss ausser Land gebracht (vgl. Adam and Simpasa 2010).

Abhängigkeit vom extraktiven Sektor

Wie zu erwarten, stiegen die Exporterträge aus dem Mineraliensektor von 670 Millionen USD im Jahr 2002 auf 4 Milliarden USD im Jahr 2008, eine Steigerung um fast 500 Prozent. Während 2002 das Kupfereinkommen ungefähr doppelt so hoch war wie die gesamte überseeische Entwicklungshilfe, veränderte sich dieses Verhältnis auf ungefähr 7:1, als der Kupferertrag explodierte. Wenn man die Resultate für Kupfer und Kobalt kombiniert, ergibt der Nettogewinn, welcher der Wirtschaft zwischen 2002 und 2008 so zufiel, 14,8 Trillionen Kwacha, was rund 66 Prozent des Bruttosozialprodukts im Vergleichsjahr betrug.

Entsprechend diesen Entwicklungen wuchs die sambische Wirtschaft seit 2004 zwischen fünf und sieben Prozent jährlich, und 2011 wurde das Land von der Weltbank wieder als lower-middle-income Land eingestuft, einen Status, den es in den 1980er Jahren verloren hatte. Trotz des Einbruchs des Kupferpreises seit dem Boom, machte die extraktive Industrie 2015 immer noch 75 Prozent der Exporte, 26 Prozent des Staatseinkommens und 10 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Dies trotz der Feststellung der NGO War on Want (2016), dass der Bevölkerung von Zambia bis zu 3 Milliarden Dollar jährlich aufgrund von Steuervermeidung und -hinterziehung durch die im Bergbau tätigen multinationalen Firmen verloren gehen.

Den Preis zahlten die Arbeiter

Entlassungen und Auslagerungen waren die zwei wichtigsten Phänomene der Privatisierung im sambischen Minensektor. Zwischen 1991 und 2015 fiel die Gesamtzahl der Arbeiter, die von den Minenunternehmen fest und pensionsberechtigt angestellt waren, um 60 Prozent – von 56 582 auf 23 479. Gleichzeitig stiegen die Unterverträge von 10 Prozent 1997 bis 2015 auf über 50 Prozent. Leider sind diese Jobs meistens kurzfristig und schlecht bezahlt, die Arbeiter kaum gewerkschaftlich organisiert und ohne soziale Sicherheit wie zum Beispiel eine Pension. Diese Situation ist ein grosses Problem für die Minenarbeiter und hat die Bedeutung, welche sie und ihre Familien der Anstellung geben, entscheidend verändert.

Während der Zeit der nationalen Minengesellschaft ZCCM, bedeutete Arbeit für die Mine direkte Vollzeitanstellung, Mitgliedschaft in der Gewerkschaft sowie Pensionskassenbeiträge. Die Arbeiter hatten auch Anspruch auf verschiedene Sozialleistungen wie kostenfreie Wohnung, Elektrizität und Wasser, Gesundheitsversorgung, Beihilfen an die Ausbildung ihrer Kinder sowie Geburtszuschüsse für Neugeborene. Langzeitanstellungen sind seit der Privatisierung nicht mehr garantiert, und die Sozialleistungen wurden gänzlich gestrichen oder entscheidend reduziert.

erung

Kredite als vermeintlicher Ausweg

Dementsprechend realisieren die Bergarbeiter, dass eine Anstellung in den Minen keine Absicherung von der Wiege bis zum Grab mehr darstellt. Vielmehr bedeutet sie Zugang zu Krediten. Mit dieser Sicht der Dinge mehren sich die Arbeiter, die im Finanzsektor Kredite aufnehmen. Trotz Bankzinsen von bis zu 40 Prozent haben über 75 Prozent aller direkt angestellten Bergarbeiter in Zambia nun Bankschulden. Mit diesen Krediten haben viele von ihnen Häuser gebaut, Land gekauft oder Autos, ihre Kinder zur Schule geschickt oder sie führen neben ihrer formellen Anstellung ein kleines Geschäft. Wie ein Arbeiter meinte: «Wozu soll ich auf die Pensionierung warten, wenn ich einen Kredit und ein Haus für meine Familie haben kann».

Das Hauptproblem ist jedoch, dass die meisten dieser Bergarbeiter ihr Geschäft ohne einschlägige Erfahrung oder Kenntnisse in Geschäftsführung eröffneten. Als Folge davon scheitern die meisten, die kleine Unternehmungen starten. Aber auch die Mehrheit derjenigen, die in langfristige Projekte wie Ausbildung oder Hausbau investieren, finden es schwierig, ihre täglichen Bedürfnisse zu decken. Dies veranlasst sie, von lokalen Geldverleihern Geld zu borgen, deren Zinsraten bis zu 50 Prozent betragen und deren Kredite am Ende des Monats, in dem der Kredit erteilt wurde, rückzahlbar sind. Kredite von lokalen Geldgebern basieren auf Sicherheiten in Form von Haushaltgütern, Eigentumsurkunden für Land, Telefone oder Bank- respektive Identitätskarten. Nichtbezahlen bedeutet automatisch den Verlust dieser Dinge. Bankkarten werden erst zurückgegeben, wenn der Kredit vollständig zurückgezahlt ist. Im Kampf ums Überleben wenden sich die Familien schliesslich an die Gewerkschaft, wo sie Essen und andere Lebensmittel auf Kredit erhalten, der ebenfalls Ende Monat rückzahlbar ist.

Umgang mit der Schuldenlast

Wenn die Schuldenlast zu gross wird, suchen sie andere Mittel, um ihre finanzielle Verletzlichkeit zu mildern. Eine Möglichkeit ist die Rückzahlung von Bankkrediten mit Geld, das von einem anderen Verleiher kommt. Ein anderer Weg ist die Weiterleitung des Lohns auf ein Sparkonto. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass der lokale Geldverleiher, der die Bankkarte in seinem Besitz hat, auf das Konto zugreift. Schliesslich gibt es die Möglichkeit, sich bei Entlassungswellen freiwillig zu melden. 2015 zum Beispiel, als 4300 Minenarbeiter entlassen wurden, meldeten sich 1249 (oder 30 Prozent der zu Entlassenden) freiwillig dafür. Dann können sie ihr Entlassungsgeld dafür verwenden, ihre Schulden zu zahlen und als Unterauftragnehmer wieder von vorne zu beginnen, also als Kleinstunternehmer. Wenn sie Glück haben, werden sie von der gleichen Mine, für die sie vorher arbeiteten, wieder angestellt. Wie John, ein Untergrundarbeiter erklärte: «Nachdem ich einen Kredit erhalten hatte, investierte ich in ein Geschäft, das jedoch scheiterte, und verwendete den Rest für den Bau eines Hauses. Aber am Ende des Monats stand ich ohne Geld da, weil die Bank praktisch meinen ganzen Lohn erhielt. Ich musste meine Anstellung aufgeben, um die Schulden zu begleichen, und wieder von vorne anfangen. Jetzt habe ich einen anderen Job. Es ist mir egal,



Die Nachbarschaft der Mopani Mine in Mufulira. Die Bedeutung des Bergbausektors als Arbeitgeber hat sich in Zambia grundlegend geändert (Bild: www.dirtyprofits.de 2017).

dass ich weniger gut verdiene, denn ich habe ein Haus und muss keine Miete bezahlen und ich habe keine Kreditverpflichtungen mehr. Ich bilde mich weiter und ich weiss, dass ich eines Tages eine feste Stelle finden kann, sogar eine Staatsstelle.»

Abgesehen von den Schulden sind viele Minenarbeiter in Zambia der Meinung, dass angesichts einer Regierung und einer Gewerkschaft, die nicht in der Lage sind, den Arbeitsmarkt zu regulieren, Unterverträge die Zukunft der Arbeit in Bergbausektor darstellen. Das profitorientierte Produktionssystem der neuen Minengesellschaften sieht die Entlassung von Arbeitern als erste Antwort auf schwankende Rohstoffpreise, und Unterverträge sind ihr wichtigstes Mittel, um Produktionskosten zu senken.

Ein Bergarbeiter klagte: «Eines Tages werden wir unsere Stellen verlieren, und wenn wir Glück haben, werden wir einen Job als Untervertragsnehmer finden. Ich denke, dass zukünftig alle Jobs in der Mine Unterverträge sein werden. Es ist besser, dies jetzt zu akzeptieren, als darauf zu warten, dass man entlassen wird. Dieser Tage, wenn ich von der Arbeit nach Hause komme, fragen mich meine Frau und sogar meine Kinder, ob alles in Ordnung ist, das heisst, ob ich immer noch eine Arbeit habe. Die Arbeit zu verlieren, ist etwas so Normales geworden, dass die Leute es fast immer erwarten.»

Aus der obigen Darstellung wird klar, dass die Arbeiter den grössten Preis für die Privatisierung der Minen bezahlt haben. Eine Anstellung in den Minen, die früher als etwas Langfristiges, Permanentes, als Festanstellung mit Pensionsanspruch verstanden wurde, ist jetzt zu einem temporären und prekären Untervertragsverhältnis geworden, mit häufigen Entlassungen. Um diesen Unsicherheiten zu begegnen, haben sich die Arbeiter aufs Aufnehmen von Krediten verlegt. Leider bedeutet ihr Mangel an unternehmerischem und finanziellem Können und Wissen, dass das finanzielle Resultat für die Meisten negativ endet. Verbunden mit den hohen Zinsraten der Banken und der lokalen Geldverleiher bleibt vielen am Monatsende fast nichts mehr zum Leben. In einem Kontext, in dem die Bergarbeiter denken, dass ihnen weder die Gewerkschaften noch die Regierung helfen können, akzeptieren viele, dass die Zukunft der Arbeit in den Minen bei der Untervertragsarbeit liegt.

James Musonda ist PhD Kandidat an der Universität von Liège, Belgien. Seinen Beitrag hat Barbara Müller übersetzt. Kontakt: musondajamesc@gmail.com.

Zambia aktuell

Kampf gegen Korruption und Demokratieverlust

Misswirtschaft und Korruption, Verschuldung und eine zunehmende Einschränkung des demokratischen Raums prägen die aktuelle Situation in Zambia. Dagegen wehren sich Organisationen der Zivilgesellschaft wie Barbara Müller in ihrem Bericht zeigt.



Demonstration während der Rede der Finanzministerin zum Budget, 28. September 2018, Lusaka (Bild zVg).

Am 6. Oktober 2018 starb die Studentin Vespers Shimuzhila in ihrem Zimmer auf dem Campus der Universität von Zambia (UNZA) in Lusaka. Sie erstickte am Tränengas, das die Polizei in Kanistern in die studentischen Wohnräume geschleudert hatte. Die unverhältnismässige Polizeiaktion gegen protestierende Studierende stiess auf heftige Kritik. Am Trauerzug durch die Innenstadt marschierten Tausende mit und verlangten «Gerechtigkeit für Vespers». Aus Protest gegen die Brutalität der Polizei setzten sich die schwarz gekleideten Studierenden auf die Strasse und blockierten den Verkehr, der in der ganzen Innenstadt zum Erliegen kam. Informationsministerin Dora Siliya, die am Trauergottesdienst für Vespers teilnahm, wurde beim Verlassen der Kirche von Studierenden grob beschimpft. Sie reagierte mit einem Tweet, in dem sie den Studierenden die Hauptverantwortung für den Tod Vespers zuschob. Am 15. Oktober 2018 wurde dann der Dozent Dr. Austin Mbozi aufgrund eines Artikels verhaftet, in dem er die Regierung und den Präsidenten für den Tod der Studentin verantwortlich machte. Auch die Leitung der Dozierenden-Vereinigung (UNZALARU) wurde von der Polizei vorgeladen und zu ihrer Rolle bei den Studentenprotesten befragt. UNZALARU verlangte die sofortige Freilassung ihres Mitglieds Austin Mbozi. Ausgelöst wurden die Proteste an der Universität, weil die Regierung die Zahlungen an die Universität zunächst gekürzt und seit August 2018 einbehalten hatte, einschliesslich der Essensgutschriften für die Studierenden. Ausserdem war die Organisation der Studierenden suspendiert worden.

Die zambische Aktivistin Laura Miti stellte in einem Artikel zu diesem tragischen Vorfall die Frage: «Hat irgendeine verantwortliche Stelle gesagt, es tut mir leid?» Sie kritisiert die Universitätsverwaltung und die Polizei, die mit ihrer Aktion den Tod von Studierenden in Kauf nahmen. Sie kritisiert aber auch die Regierungspartei, die sich keinen Moment mit dem Tod einer Unschuldigen befasste. Eine ehrliche Entschuldigung würde auch beinhalten, dass die Verantwortlichen Massnahmen treffen, damit ein solcher Vorfall nicht mehr vorkommen kann. All dies sei nicht geschehen, bedauert Laura Miti. Zusammen mit fünf anderen Aktivisten steht sie seit 2017 im Zentrum eines Gerichtsverfahrens.

#42for42

Was wird den Aktivisten und Aktivistinnen vorgeworfen? Am 29. September 2017 demonstrierten die sechs Vertreter der Zivilgesellschaft, unter ihnen der Rapper Fumba Chama (Künstlername Pilato), mit Plakaten vor dem Parlament gegen den Missbrauch öffentlicher Gelder, insbesondere gegen den Kauf von 42 Feuerwehrautos für 42 Millionen USD, wobei die tatsächlichen Kosten eines solchen Fahrzeugs auf 200000 USD geschätzt werden. Die Aktivisten verlangten Aufklärung und Rechenschaft über den Kauf. Sie wurden verhaftet, abgeführt und der Missachtung von Anordnungen angeklagt. Seither müssen sie immer wieder vor Gericht erscheinen, nur um zu vernehmen, dass die Verhandlung erneut verschoben wird. Pilato erhielt zudem Drohungen wegen des Songs Koswe Mumpoto, der die grassierende Korruption anprangert, und musste sich vorübergehend in Südafrika in Sicherheit bringen. Amnesty International bezeichnete die Klage gegen die Aktivistinnen als politisch motiviert und als Affront gegen die Gerechtigkeit. «Diese Aktivisten stehen nur deshalb vor Gericht, weil sie Transparenz und Rechenschaft bei der Verwendung öffentlicher Gelder verlangen. Sie haben kein Verbrechen begangen und hätten nie angeklagt werden dürfen», meinte Deprose Muchena, der Regionaldirektor von Amnesty für das südliche Afrika.

Der Fall hat exemplarische Bedeutung, wie Laura Miti schreibt: «Die freie Meinungsäusserung wird in Zambia zunehmend eingeschränkt, besonders unter der aktuellen Regierung. Unser Aktivismus, der vor einigen Jahren stark war, ist zurück gegangen, weil die Leute riskieren verhaftet zu werden. Aber in den letzten Monaten hat sich die Zivilgesellschaft aufgefangen, um den kleiner werdenden demokratischen Raum wieder auszuweiten. Mein Traum ist ein Zambia, das sich wiederaufrichtet.»

Die Feuerwehrautos sind nicht der einzige Fall von Korruption, der in den letzten Monaten ans Tageslicht kam. Im Mai 2018 wurde bekannt, dass vom Global Fund gespendete Medikamente und Verbandskästen im Wert von einer Million USD spurlos verschwunden waren. Zambia hat sich seither verpflichtet, den Betrag zurückzuerstatten. Weiter veröffentlichte das sambische Financial Intelligence Centre (FIC) im Juni 2018 einen Bericht, der einige Kabinettmitglieder beschuldigte, der öffentlichen Hand Millionen von Kwachas durch Geldwäscherei entwendet zu haben. In der Folge wurden nicht etwa die Angeschuldigten zur Rechenschaft gezogen, sondern der Präsident des FIC kritisiert, weil die Veröffentlichung des Berichtes nicht korrekt gewesen sei. Seit dem Amtsantritt von Präsident Lungu im Januar 2015 ist Korruption zunehmend zu einem sichtbaren

Element des öffentlichen Lebens geworden. Die Regierungspartei Patriotic Front (PF) befindet sich in einem offensichtlichen Kaufrausch und erteilt Aufträge für Infrastrukturprojekte zu grotesk überhöhten Preisen. Diese Projekte dienen insbesondere der extraktiven Industrie und werden meist durch Unternehmen in ausländischem Besitz durchgeführt. Aber auch die Militärausgaben sind hoch, und trotz der offensichtlichen Krise hat die Regierung kürzlich in Israel auch noch Flugzeuge für die Luftwaffe und einen Luxusjet für den Präsidenten bestellt, wie Africa Confidential berichtete.

Zur Person: Laura Miti



Laura Miti ist die Direktorin der sambischen NGO Alliance for Community Action. Seit 20 Jahren erhebt sie ihre Stimme für demokratische Rechte, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Im Dezember 2018 kommt sie in die Schweiz als Rednerin an der Tagung «The Copper Value Chain. Life in Zambia, the Swiss Commodity Hub and Responsible Business», die am 8. Dezember 2018 in Basel stattfindet. Die Tagung wird von der KEE-SA in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien und dem Afrika-Komitee organisiert.

.

Zambia in der Krise

Das ist nicht ohne Folgen geblieben. Steigende Treibstoffpreise, eine rapide Entwertung der Landeswährung Kwacha sowie Konflikte mit den Geberländern sind Folgen der hohen Verschuldung aufgrund von Zambias Investitionen in Projekte wie Strassen und Flughäfen. Die Lebenskosten sind dramatisch gestiegen. Leidtragende dieser Entwicklung ist die Bevölkerung. Denn die drastische Kürzung der Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und andere öffentliche Dienstleistungen verstärkt die soziale Ungleichheit, die in Zambia bereits sehr hoch ist (das Land steht an vierter Stelle des Indexes für Ungleichheit weltweit). Die Studierenden haben bereits protestiert, weitere soziale Proteste könnten folgen.

Vor einem Jahrzehnt war das Land noch praktisch schuldenfrei. Als die PF 2011 an die Macht kam, betrug die Auslandschuld noch 1,9 Milliarden USD. Innerhalb von sieben Jahren stieg sie auf 9,4 Milliarden, wobei einige Experten fürchten, dass die Schuldenlast in Wirklichkeit noch höher ist, weil nicht alle Verpflichtungen gegenüber dem Ausland öffentlich bekannt sind. Fi-



Demonstration während der Rede der Finanzministerin zum Budget, 28. September 2018, Lusaka (Bild zVg).

nanziert wurden die Investitionen über sogenannte Eurobonds, die 2012 noch zu einem Zins von 5,6 Prozent ausgestellt wurden. Im Jahr 2017 war dieser wegen der schlechten Schuldnerqualität des Landes jedoch bereits auf 17 Prozent gestiegen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die internationalen Märkte schätzen die Überschuldung des Landes als sehr gefährlich ein und schliessen eine Zahlungsunfähigkeit nicht aus. Die Beziehungen zwischen Zambia und dem IWF sind gespannt, da Lungu die vom IWF verlangten Massnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen ignoriert. Als Ende September ein weiterer massiver Korruptionsskandal bekannt wurde, stellten die Geberländer England, Irland und die skandinavischen Länder ihre Hilfeleistungen an Zambia ein.

Um dieser Krise zu begegnen, versucht die Regierung jetzt, die von den Minengesellschaften zu entrichtenden Steuern zu erhöhen. Im Gegenzug haben diese – unter ihnen auch Glencore – mit Entlassungen gedroht. Wie bei früheren Versuchen hat die Regierung Verhandlungswillen signalisiert. Um aus der Zwangslage herauszufinden, bemüht sich Zambia auch erfolgreich um alternative Geldgeber wie China und Saudi-Arabien, was im Westen nicht gern gesehen wird.

Zambia galt bisher als Land mit einer demokratischen Tradition. Dies könnte sich ändern, da die Misswirtschaft unter Lungu mit zunehmend autoritären Tendenzen einhergeht, die nichts Gutes für die Zukunft versprechen. Die sambische Zivilgesellschaft spürt die zunehmende Repression und kämpft für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten. Sie verdient dabei Unterstützung.

Barbara Müller ist Mitglied des Afrika-Komitees und der KEESA und ist am SNIS-Projekt Valueworks beteiligt. Kontakt: ba.muellerfrei@gmail.com.

Quellen:

- Nicole Beardsworth: Zambia's President is short on allies as international concerns grow over corruption (4.10.2018), http://presidential-power.com/?p=8720
- Laura Miti: My dream is a Zambia which lifts itself up (1.10.2018), https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2018/10/ laura-miti-zambia/
- Vito Laterza und Patience Mususa: Is China really to blame for Zambia's debt problems? (11.10.2018), https://www.aljazeera.com/ indepth/opinion/china-blame-zambia-debt-prolems-181009140

Afrika in Kürze

Allgemeine Entwicklungen

Communauté Financière Africaine

In Westafrika gibt es seit Längerem schwelende Proteste gegen die Währung der meisten früheren französischen Kolonien, den Franc CFA. Inzwischen findet der Protest via Pop-Lieder vermehrte Popularität. Für «Y'en a marre», (Senegal) und «le balai citoyen» (Zivilbewegung in Burkina Faso) ist die Abschaffung der Communauté Financière Africaine ein Hauptmotiv. Sie wird zunehmend als eine Institution gesehen, die die Kolonisierung fortsetzt. Denn die betroffenen afrikanischen Regierungen haben keinen Zugriff auf seine Validierung. Diese war früher an den Franc français und ist heute an den Euro gebunden. Das heisst auch, dass 85 Prozent der Währungsreserven der CFA-Länder bei der französischen Staatsbank liegen und nur auf deren Genehmigung hin und nur in Euro konvertibel sind. In westlichen Finanzkreisen wird die gemeinsame Währung hingegen als Beitrag zur makroökonomischen Stabilität der Länder gesehen und teilweise sogar als überbewertet eingestuft, was den afrikanischen Eliten günstigen Zugang zu europäischen Waren ermögliche, Exporte aber behindere. Sicher ist, dass Frankreich sich so über die Unabhängigkeit hinaus für Jahrzehnte als prioritärer Handelspartner behaupten konnte und damit gut verdient hat.

Während Finanzkreise die abrupte Abwertung des Franc CFA um 50 Prozent im Jahr 1994 als gerechtfertigte Anpassung an die Abwertung des Nouveau Franc erklären, bedeutete die Halbierung der Reserven und Vermögen für die afrikanischen Länder eine einschneidende Schwächung des Handels, hohe Zinssätze, Anlass zu mehr Schulden und einen Anstoss zur Kapitalflucht. Die Opposition gegen den Franc CFA moniert auch heute, dass mit diesem Währungs-Konstrukt eine wirkliche Entwicklung der 14 betroffenen Länder nicht möglich sei. Erstmals hat sich nun ein französischer Präsident dahingehend geäussert, dass eine Auflösung der CFA-Bindung von den 14 Staaten selber beschlossen werden könne. •

Hält «grüne Energie» Einzug in Afrika?

.....

Das Potential von Wind- und Solarenergie aus der Sahara spukt seit Jahren in vielen Köpfen herum – bislang haben jedoch nur die Mahgreb-Staaten dies auch getestet: Marokko hat recht stattliche Windparks entlang dem Wüstenrand installiert, Algerien errichtete zur Belieferung der Erdöl-Fördergebiete ein grosses Solarkraftwerk. In den sub-saharischen Ländern hingegen liest man noch wenig von ähnlichen Bestrebungen. Zu gross ist die militärische Unsicherheit in diesen Gebieten, als dass für solche relativ fragilen Grossinvestitionen Geld bereitgestellt würde. Wie nachhaltig dies jedoch sein könnte, lassen neue Forschungsberichte fragen: Ein Team der Universität Illinois (USA) hat an Modellen festgestellt, dass grosse Windparks und Solarkraftwerke nicht nur einen Finfluss auf die Lufttemperatur haben würden, sondern dass sie durch erhöhte Konvektion auch die Luftfeuchtiakeit steigern dürften. Dies könnte besonders in der Sahelzone die Taubildung und sogar Niederschläge um an die 20 Prozent erhöhen und damit bedeutend bessere Voraussetzungen für Hirten und Bauern schaffen. •

Afrika-Gipfel in Beijing

Es lässt sich nicht ignorieren: Die Volksrepublik China ist heute nicht nur der grösste Handelspartner des subsaharischen Afrika, sondern als einzelne Nation auch der grösste Investor. Der Handel hat von 765 Millionen USD im Jahr 1978 auf 170 Milliarden USD im Jahr 2017 zugenommen. Der Umfang der eigentlichen Entwicklungshilfe (75 Milliarden USD) und Direktinvestitionen (45 Milliarden USD) im Jahr 2013 dürfte sich mit der expansiven Aussenpolitik von Präsident Xi-Jinping um ein Mehrfaches gesteigert haben. Xi-Jinping, der sich am Treffen in Beijing Anfang September an die hochrangigen Gäste aus fast allen afrikanischen Staaten richtete, versprach denn auch gleich weitere 60 Milliarden USD an Investitionen (wobei nicht klar ist über welchen Zeiraum). Inzwischen sind die kreditgebundenen Investitionen nicht mehr auf Infrastruktur-Projekte begrenzt. Private chinesische Unternehmen sind heute an Fertiaunasindustrie in Billialohn-Nationen interessiert und bauen Fabrikanlagen auf, die Tausende von Arbeitsplätzen versprechen. Arbeitsbeschaffung ist auch Thema auf diplomatischer Ebene: China rühmt sich, 200000 Afrikanern und Afrikanerinnen technisches Training vermittelt zu haben. Dies reduziert den bisherigen Bedarf an chinesischen Arbeitskräften bei der Realisierung der Projekte.

Ein wenig adressierten die hochrangigen Gastgeber am Forum immer auch die Weltöffentlichkeit, indem sie die Uneigennützigkeit und Loyalität ihrer Zusammenarbeit mit den Partnerländern betonten. Die unter Xi-Jinping gestartete Nulltoleranz für Korruption erstrecke sich auch auf Investitionsprojekte in Afrika. In parallelen Pressekonferenzen rechtfertigten die chinesischen Sprecher und Sprecherinnen nicht nur das Prinzip der Nichteinmischung in die Politik der Partnerländer, sondern bestritten auch den Vorwurf, eine Überschuldung zu provozieren und letztlich nur an den Rohstoffen und an Landnahme interessiert zu sein. Tatsächlich summieren sich die Schulden afrikanischer Länder bei China auf lediglich 20 Prozent, während der Grossteil dem IWF und der Weltbank geschuldet sind. •

Süd-Sudan

Ein weiterer Versuch

Mitte September zelebrierten die rivalisierenden Parteien (oder müsste man Ethnien sagen?) erneut ein Abkommen zur Teilung der Macht, das dem inzwischen fünfjährigen Bürgerkrieg ein Ende setzen soll. Dieser verursachte 380000 Tote, Millionen von Vertriebenen und die Emigration der Gebildeten. Die Militärausgaben und die Vernachlässigung der Anlagen zur Ölförderung haben die für einen Neuanfang benötigten Reserven aufgezehrt. Eine Generalamnestie für die Kämpfer aller Fraktionen (darunter Riek Machar, Hauptrivale von Präsident Salva Kiir) stellt sicher, dass die gleiche (auf fünf Vize-Präsidenten erweiterte) Machtelite das Heft in der Hand behält. Allerdings sind die Ressourcen, auf die sie sich stützen (respektive stürzen) werden, verringert, da die alleinige Einnahmequelle, die Ölförderung auf fast ein Drittel der einstigen Kapazität gesunken ist. •

Kamerun

Wahlen im Bürgerkrieg

Auf den 7. Oktober 2018 waren Wahlen angesetzt, um eine siebte Amtszeit des 85-jährigen Präsidenten Paul Biya zu legitimieren. Dabei wurde nicht viel Aufheben um den realen Bürgerkrieg in den zwei englischsprachigen Provinzen gemacht. Die grossen Protestdemonstrationen von Richtern und Lehrern der englischen Provinzen im Jahr 2016, die blindlings zusammengeschlagen wurden, liessen das Problem der Marginalisierung der 20 Prozent «Englischsprachiger» rasch zu einem eigentlichen Aufstand werden. 2017 riefen separatistische Kreise zur Gründung eines unabhängigen Staates auf und nahmen Kontakte mit ähnlich Denkenden in Biafra (Nigeria) auf. Den unverhältnismässigen Strafexpeditionen einer Spezialtruppe stand bald eine Armee von schätzungsweise 1000 Kämpfern gegenüber, die die amerikanisch geschulten Spezialtruppen teilweise zurückschlug und die Bevölkerung mit Terror auf ihre Seite zu ziehen versuchte. Den vom Staat bestellten Krisenkomitees fiel es nicht einmal ein, die bis 1972 gültige föderale Verfassung ins Gespräch zu bringen. Die Wahlkommission verringerte angesichts der Sicherheitslage die Zahl der Wahllokale in den beiden Provinzen grosszügig. Trotzdem konnte an einigen Orten die Wahl nicht stattfinden, weil die Milizen ihren

Uganda

Die Jugend fühlt sich ausgeschlossen

Gegen viel Widerstand konnte Präsident Museveni einen parlamentarischen Erfolg erzwingen und die konstitutionelle Altersbegrenzung, die seine Wiederwahl verhindert hätte, streichen lassen. Doch auch nach erfolgter Wahl findet dies noch immer nicht die Zustimmung der Jugend. Die Verhaftung und wahrscheinliche Folterung des Parlamentariers Robert Kyagulanyi Ssentamu, besser bekannt als Popstar Bobi Wine, befeuert die Proteste und beschert dem militanten Märtyrer eine wachsende Anhängerschaft. Bobi Wine wurde aufgrund der auch internationalen Proteste wieder freigelassen. •

Zusammengestellt von Susy Greuter.

«Erst wenn Mugabe geht, gehen auch wir»

Ziviles Engagement und Perspektiven nach 30 Jahren Vereinigung Schweiz-Zimbabwe

Die Vereinigung Schweiz–Zimbabwe löst sich auf. Warum? Haben sich Grundsätze wie zivile Solidarität und kritische Analyse in der Schweiz und zum südlichen Afrika aufgelöst? Haben private transnationale Initiativen eine Zukunft? Welche Ziele müsste heute eine neue Vereinigung in der Schweiz und zum südliches Afrika formulieren.

Wir laden zu einem öffentlichen Geschichts- und Politikgespräch von Mitgliedern der Vereinigung mit einem breitem Publikum ein. Es berichten, reflektieren und fragen u.a. Michael Aeby (Inclusive Peace), Gertrud Baud (Vereinigung CH–Z und Afrika Komitee), Hafid Derbal (Terre des Hommes), Marcel Dreier (Fepa), Dusty Kohler, (VCH–Z) und Barbara Müller (VCH–Z und Afrika Komitee). Moderation: Dag Henrichsen (BAB).

Wahlboykott durchsetzten.

Datum:

Donnerstag, 29. November 2018

Zeit:

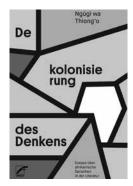
18.15–20 Uhr, mit anschliessendem Apéro

Ort:

Basler Afrika Bibliographien, Klosterberg 23, 4051 Basel

Literatur

Buchbesprechungen









Essays über afrikanische Sprachen in der Literatur

lange bevor er selber in seiner

sq. Ngũgĩ wa Thiong'o hatte -

Muttersprache Gikuyu zu schreiben begann - sich intensiv mit der kulturellen Kolonisierung seines Landes und Afrikas befasst. Er hatte sie selber erlebt in der Verteufelung aller Äusserungen afrikanischer, genauer gesagt kenyanischer, Tradition durch die christliche Mission und dem Verbot traditioneller Zeremonien durch die Kolonialverwaltung. Er war ihr selber unterworfen durch das erzwungene Ringen um einen perfekten Gebrauch der englischen Sprache, die erste Voraussetzung einer Aufnahme an die Universität war. Und schon in der Primarschule hatte er erfahren, dass der Gebrauch des heimischen Gikuyu auch nur in den Pausen mit Blossstellung und Schmähung bestraft wurde. Die Einladung zu einer «Konferenz afrikanischer Schriftsteller englischer Sprache» 1962 löste mit ihrem Hauptthema «Was ist afrikanische Literatur?» bei Ngũgĩ einen Schock aus, der sich zu einem Leitfaden seines Schaffens wandelte. Er begann, die afrikanische Wirklichkeit als Kampf zwischen einer imperialistischen Tradition auf der einen Seite und einer Tradition des Widerstandes auf der anderen zu begreifen. Und dies nicht nur in dem Jahrzehnt vor der Unabhängigkeit Kenyas, sondern nicht weniger danach: Er sieht die imperialistische Tradition durch die einheimischen herrschenden Eliten sowohl kulturell als politisch fortgesetzt in anhaltender Selbst-Unterwerfung und als Unterwerfungsinstrument. Und als Schriftsteller erkennt er: «Die Beherrschung der Sprache eines Volkes durch die Sprache der kolonisierenden Nationen war entscheidend für die Beherrschung des geistigen Universums der Kolonisierten.» Erst 1977 aber als er selber bereits zu einer akademischen und literarischen

Autorität geworden ist – schreibt Naũaĩ sein erstes Theaterstück in Gikuyu für die Bauernjugend seines Dorfes, indem er gleichzeitig die Elemente Gesang, Pantomime und Tanz, die zur eigenen Tradition der Zeremonie gehören, miteinbezieht. Der politische Sturm, der diesem Durchbruch folgte, sollte ihn schliesslich ins Gefängnis, um seine Stellung an der Universität und ins Exil bringen. Ngũgĩ schreibt seither nur in Gikuyu, das er danach selber übersetzt, und er verfasst 1986 den Essay «Decolonizing the Mind», der nun als bedeutender Markstein zum ersten Mal in deutscher Sprache erscheint. •

Ngũgĩ wa Thiong'o, Dekolonisierung des Denkens. Münster 2017 (Unrast-Verlag).

Botschafter beim Papst

ef. Der letzte Roman des kongolesisch-französischen Autors Wilfried N'Sondé - am Salon Africain du Livre in Genf 2018 mit dem Prix Kourouma ausgezeichnet - spielt zu Beginn des 17. Jahrhunderts, zur Zeit des berüchtigten Dreieckshandels zwischen Afrika, Amerika und Europa. Nsaku Ne Vunda, der früh seine Eltern verlor, wurde von portugiesischen Missionaren ausgebildet und zum Priester Dom Antonio Manuel geweiht. Alvaro II, König des Bakongoreichs, schickt ihn als seinen Botschafter zum Papst. Die kongolesischen Könige betreiben schon länger einen regen Handel mit den Portugiesen. Auch Sklaven sind zur Handelsware geworden im Austausch für Waffen und Luxusgüter aus Europa. Was zuerst durch Abkommen zwischen den Königshäusern geregelt und für die afrikanischen Herrscher ein bequemes Mittel war, unliebsame Personen los zu werden, hat sich zu einer grauenhaften Menschenjagd ausgeweitet. Die geheime Mission des jungen Priesters ist es, den Papst davon zu überzeugen, ein Machtwort gegen diesen

barbarischen Menschenhandel zu sprechen.

Doch die Le Vent Parapet, auf der er als Spezialgast des französischen Kapitäns einschifft, fährt nicht nach Europa, sondern zuerst nach Brasilien, um die Sklaven, die im Frachtraum transportiert werden, zu verkaufen. Nsaku, ein tief gläubiger und argloser junger Mann, muss Schreckliches mitansehen auf diesem Schiff wo nur absolute Hierarchie brutale Gewalt und systematische Erniedrigung eine fragile Ordnung aufrecht erhalten. Die Freundschaft mit einem anderen Aussenseiter, einem geheimnisvollen Schiffsjungen, und die Wichtigkeit seiner Mission helfen ihm, seinen Glauben an die Menschlichkeit nicht zu verlieren und um sein Überleben zu kämpfen. Auf der Reise von Amerika nach Europa wird das Schiff von Piraten angegriffen. Nsaku wird zum Pfand zwischen den mit dem Papst verbündeten Franzosen und den Portugiesen und Spaniern, die verhindern wollen, dass ein Afrikaner sein Land direkt beim Papst vertritt, und gerät in die Fänge der Inquisition. Als er es schliesslich doch noch nach Rom schafft, muss er feststellen, dass auch der Vatikan von Intrigen beherrscht wird. Sterbend gelingt es ihm lediglich noch, dem Papst ein Kreuzzeichen auf die Stirn zu zeichnen.

Der Roman zeichnet aufgrund realer historischer Begebenheiten ein eindrückliches Porträt der afrikanisch-europäischen Beziehungen anfangs des 17. Jahrhunderts und verfasst gleichzeitig ein berührendes Plädoyer für Menschlichkeit, Toleranz und Gleichberechtigung.

Wilfried N'Sondé: Un océan, deux mers, trois continents. Arles 2018 (Actes Sud).

Dokumentation

Buchbesprechungen

Die jüngste Geschichte **Nigerias**

sq. Die vorliegende Chronik der Geschichte Nigerias in den Jahren 1999 bis 2017 schliesst an eine erste der Jahre 1967 bis 1998 an, die mit «Macht und Ohnmacht am Golf von Guinea» betitelt war. In diesem zweiten Buch breitet Heinrich Bergstresser mit einer fast unglaublichen Akribie die Entwicklungen der staatlich relevanten Bereiche nach der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen aus: Politik, Parteien, Justiz, Militär, Infrastruktur und in geringerem Masse die Wirtschaft. Korruption, beängstigende Kriminalität, Terror und gewohnheitsmässige Menschenrechtsverletzungen fliessen gleichsam kollateral neben der Beschreibung der Karrieren und Machtkämpfen her und werden von teilweise heftigen gesetzgeberischen und polizeilich/juristischen Reaktionen scheinbar mehr umgelenkt als ausgemerzt - ein dramatischer Bericht! Wenig thematisiert wird dagegen das Los der Bevölkerung in ihrer ganzen Diversität von Stadt zu Land, Ethnien, Traditionen, Glaubensrichtungen und sozialen Schichten. Bergstresser interpretiert wenig und begrenzt Urteile praktisch auf die Kapitelüberschriften und auf den Titel «...zwischen Demokratisierung, Terror und Staatsversagen». Soviel Drama kann nur sachlich gemeistert werden! •

Heinrich Bergstresser, Nigeria – die IV. Republik zwischen Demokratisierung, Terror und Staatsversagen, Brandes & Apsel, 2017.

Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter

red. Mike Davis legt in seiner einzigartigen «politischen Ökologie» des Hungers die Hintergründe und Interaktionen zwischen Weltklima und Weltökonomie im imperialistischen Zeitalter frei, die zur «Geburt der Dritten Welt» führten und bis heute nachwirken: «Wir haben es mit anderen Worten nicht mit Hungerländern> zu tun. die im Brackwasser der Weltgeschichte ins Abseits gerieten, sondern es geht um das Los der Menschheit in den Tropen, das sich just zu einem Zeitpunkt (1870-1914) änderte, als deren Arbeitskraft und Produkte zwangsweise in die Dynamik der von London gesteuerten Weltwirtschaft integriert wurden. Millionen starben nicht ausserhalb des «modernen Weltsystems, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen anzupas-

Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massen vernichtung im imperialistischen Zeitalter. Berlin und Hamburg 2004 (Verlag Assoziation A).

Online-Dossiers

Dokumentation zur Dynamik am Horn von Afrika

red. Hans-Ulrich Stauffer hat ein weiteres Dossier zu den spannenden Entwicklungen am Horn von Afrika zusammengestellt, das auf der Webseite des Afrika-Komitees frei zugänglich ist. Nachdem im ersten Dossier die gemeinsame Friedenserklärung der beiden Länder im Zentrum stand, beleuchtet Hans-Ulrich Stauffer in dieser zweiten Dokumentation die Dynamik, die dadurch im Zeitraum August bis September 2018 in den Nachbarländern am Horn von Afrika ausgelöst wurde. So hat Eritrea den alten Disput mit Somalia beendet, und haben Djibouti und Eritrea beschlossen, ihren Grenzkonflikt zu beenden. Gleichzeitig hat Äthiopien die eritreische Opposition aufgerufen, nicht mehr von Äthiopien aus gegen Eritrea zu agieren. Eritreas Regierung hat ihrerseits Abkommen mit äthiopischen Oppositionsgruppen und deren bewaffnete Abteilungen aufgekündet. Die Abkommen mit Somalia und Djibouti sind Voraussetzung für eine Aufhebung der UN-Sanktionen. Inzwischen sind die Häfen von Massawa und Assab für äthiopische Importe offen, Schon werden Pläne für eine Ölnineline von Assab nach Addis Abeba und die Erneuerung der Raffinerien in Assab geschmiedet und der Bau eines neuen Hafens in Anfile diskutiert, über den Pottasche aus der grenzüberschreitenden Colluli Region verschifft werden könnte. Für Äthiopien würde dies bedeuten, dass sich der Zugang zum Meer von 700 Kilometern (Djibouti) auf deren 75 verringern würde. Die Dokumentation soll zu einem besseren Verständnis des Friedensprozesses am Horn von Afrika beitragen.



Download: www.afrikakomitee.ch

Solifonds-Kampagne: Mufulira will endlich sauberes Wasser

ag. «Wer kann, der zieht weg von hier», sagten unsere Partner aus dem Städtchen Mufulira im sambischen Kupfergürtel. Die Kupfermine Mopani gehört seit der Verstaatlichung der sambischen Minen Anfang der 2000erJahre mehrheitlich Glencore. Viele haben sich damals wohl eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erhofft, doch das trat nicht ein. Die Häuserfassaden blättern aufgrund des sauren Regens ab, die Luft führt zu Atemproblemen, viele Jobs in der Mine sind verschwunden. Und dann noch das «Trinkwasser»: das Wasser hat sichtbare Rückstände, und niemand trinkt es, ohne es zuvor abgekocht zu haben. Deshalb wollen die Bewohnerinnen der Quartiere Butondo, Kankoyo und Kantanshi rund um die Mine Mopani, wenn sie schon nicht wegziehen können, zumindest sauberes Wasser.



«Trinkwasser»-Probe in Kankoyo, Mufulira anlässlich eines KEESA-Besuches (Bild: Rita Kesselring 2017).

Die Wasserversorgung für Butondo, Kankoyo und Kantanshi wird von der Mulonga Water and Sewerage Company gesichert. Mulonga ihrerseits erhält das Wasser von Mopani, die das Wasser aufarbeitet und weiterleitet. Seit vielen Jahren ist die Wasserqualität schlecht. Einige lokale NGOs haben deshalb das Mufulira Civil Society Organisations' Forum reaktiviert, um eine Kampagne für sauberes Wasser zu lancieren. Ein Treffen mit Vertreterinnen der KEESA im Sommer 2017 hat sie in diesem Beschluss bestärkt.

Motiviert hat sich das Mufulira CSO Forum an die Arbeit gemacht. Mit einer finanziellen Unterstützung vom SOLIFONDS konnten sie die Kampagne Ende 2017 starten. Zuerst mussten Wassertests durchgeführt werden. Verschiedene Wasserproben wurden entnommen, die man von anerkannten Stellen prüfen liess. Die Resultate zeigten: das Wasser erfüllt die gesetzlichen Standards nicht. Die Werte für Blei und Kadmium liegen weit über den erlaubten Werten. Zu hohe Blei- oder Kadmiumwerte können zu Nierenschäden führen, ausserdem wird Kadmium als krebserregend eingestuft. Bei einem ersten Treffen zwischen Mopani, Mulonga, dem Mufulira CSO Forum und Vertreterinnen der Gemeinden stritten Mopani und Mulonga die schlechte Wassergualität ab. Als in einem zweiten Treffen die Messresultate präsentiert wurden, reagierten Mopani und Mulongo unterschiedlich: erstere tat die Resultate als falsch ab, während Mulonga sich betroffen zeigte. Als das Mufulira CSO Forum damit an die Presse gelangte, reagierte auch Mopani auf den Druck. Mopani und Mulonga wollen nun eigene Tests durchführen.

Dass Mopani und Mulonga überhaupt anerkennen, dass es ein Trinkwasserproblem gibt, ist für das Mufulira CSO Forum schon ein erster wichtiger Erfolg. Positiv war auch das erfolgreiche Einbinden der Gemeindemitglieder in die Kampagne. Jetzt sammelt das Forum Unterschriften für eine Petition an die Behörden. Die Petition verlangt, dass Mulonga und Mopani endlich Massnahmen ergreifen, damit die Bewohner Mufuliras sauberes Trinkwasser in ihren Haushalten haben. Der Kampf in Mufulira um sauberes Wasser geht somit in die nächste Runde.

Veranstaltungen zum Thema des Bulletins

Life Along the Copper Value Chain: The Swiss Commodity Trading Hub and its Impact on the Global South

Zum Abschluss des in diesem Heft erwähnten Forschungsprojekts Valueworks finden neben der Tagung vom 8. Dezember in Basel auch in Genf zwei Veranstaltungen statt:

10. Dezember 2018, 18-20 Uhr

Podiumsdiskussion am Graduate Institute of International and Development Studies

11. Dezember 2018, 9-17 Uhr

Symposium am Palais des Nations

Info: www.unrisd.org